

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 76 (1996)
Heft: 6

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ulrich Pfister

STAATSRÄSON ODER FAULER KOMPROMISS?

Zweimal haben in jüngster Zeit sogenannte staatspolitische Argumente herhalten müssen, um einer verunsicherten Öffentlichkeit Kompromisse schmackhaft zu machen, die aus wirtschaftlicher Sicht fragwürdig sind. Im Fall Swissair hat die Intervention des Bundesrates immerhin eine kurze Denkpause bewirkt und die Westschweizer Empörung über das ungeschickte Kommunikationsverhalten des Unternehmens dämpfen können. Materiell wird sich nichts daran ändern, dass die Schweiz – wie auch wesentlich grössere Länder – ihren Interkontinentalverkehr in einem zentralen Flughafen bündeln muss. Nüchtern betrachtet, erhalten Genf wie Basel ausreichende Kompensationsmöglichkeiten. Aber die emotionale Befindlichkeit in der wirtschaftlich leidenden Romandie verlangt von Politikern und Wirtschaftsführern ein subtiles Vorgehen.

Dass die Neat-Entscheide des Bundesrates ausge rechnet in diese Phase der Aufwallung verletzter eidgenössischer Gefühle platzen mussten, wurde da und dort wie ein willkommener dramatischer Regieeinfall begrüsst. In der Sache dürfte die zufällige Verknüpfung verhängnisvolle Auswirkungen haben. Der Entscheid, gleichzeitig die Gotthard- und eine zwar redimensionierte Lötschberglinie weiter voranzutreiben und die Einsparungen auf die Zufahrten zu konzentrieren, wurde in erster Linie mit staatspolitischen Argumenten gestützt, von welchen man sich zugleich die besten Chancen für die voraussichtlich nächstes Jahr fällige Volksabstimmung verspricht.

Was ist nun die besondere staatspolitische Qualität, welche diesen Lösungsweg auszeichnet? Die Westschweiz hat sich für den Lötschberg stark gemacht, der indessen vor allem im Interesse Berns liegt. Verkehrspolitisch dürfte der TGV-Anschluss an Frankreich für die Romandie von wesentlich grösserer Bedeutung sein. Dafür hat man mit dem Verzicht auf Ausbauwünsche in der Zentral-, der Süd- und der Ostschweiz Enttäuschungen produziert, die das einseitige Entgegenkommen wohl mehr als kompensieren. Das Netz, das die Verdoppelung der Transitachsen rechtfertigt, ist damit ziemlich löchrig geworden. Und die breite Akzeptanz als Voraussetzung für einen schwierigen Urnengang ebenso.

Letztlich wird der Neat-Entscheid des Souveräns ohnehin von der Frage der Finanzierung abhängen.

Wenn den nächsten Generationen nicht unbezahlbare Hypothesen für einen wirtschaftlichen Betrieb aufgebürdet werden sollen, muss ein Teil der Investitionen aus laufenden Mitteln finanziert werden, wie dies im Nationalstrassenbau ebenfalls geschah. Dies unterscheidet die nächste Vorlage von der letzten, bei der man es sich auf allen Stufen zweifellos zu leicht gemacht hatte. Unter welchem Titel man die Steuerzahler bemüht, ist wohl nur psychologisch, kaum faktisch von Belang. Wie auch immer, die Frage der Finanzierung wird zum Angelpunkt der politischen Auseinandersetzung werden. Und die Chance einer positiven Antwort zu dieser Grossinvestition wird entscheidend von einer glaubwürdigen Redimensio nierung auf das unbestritten Notwendige abhängen. Dazu gehören das Angebot einer leistungs- und konkurrenzfähigen europäischen Transitverbindung, der gezielte Einsatz staatlicher Mittel für eine die Wirtschaft stimulierende Investition und die längerfristige Perspektive einer umweltverträglichen Verkehrs- und Infrastrukturpolitik.

Dass die regionalen Wirtschaftsinteressen nun mit aller Kraft Anteile am grossen nationalen Projekt reklamieren und verteidigen, ist verständlich. Mit der regionalpolitischen Giesskanne, zumal wenn diese halbleer ist, lassen sich heute jedoch keine Mehrheiten mehr mobilisieren. Diese lassen sich wohl nur finden, wenn einerseits die verkehrspolitische Notwendigkeit einer zukunftsgerichteten Investition einleuchtend begründet und andererseits Kostenbewusstsein und Sparwille des auftraggebenden Staates deutlich demonstriert werden. Diesen Eindruck hat die bisherige Neat-Politik nicht vermittelt. Es fehlt die Überzeugungskraft eines in sich geschlossenen nationalen Werks, das unvermeidliche Enttäuschungen einzelner Interessengruppen überstrahlen könnte.

Die besten staatspolitischen Argumente sind nicht jene, die gegen zwingende sachliche, das heisst wirtschaftliche, verkehrs- und integrationspolitische Kriterien ausgespielt werden müssen. Teure und trotzdem unbefriedigende Kompromisse sind nicht mehr gefragt. Das beste staatspolitische Argument läge in einer nüchternen Rechnung, die das best mögliche Kosten-/Nutzenverhältnis überzeugend nachweist. ♦

DER LANGE WEG ZUR «WELTBÜRGERGESELLSCHAFT»

Die Verwirklichung der Weltbürgergesellschaft ist ein Hauptziel liberaler Aussen- und Sicherheitspolitik.

Weltweit zeigt die Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg, dass breitgestreuter Wohlstand der einzige sichere Weg zur Errichtung und Erhaltung einer freiheitlichen Staatsordnung, mithin zur Schaffung von Bürgergesellschaften ist. Liberale Aussen-, Aussenwirtschafts- und Sicherheitspolitik will regional und global darauf hinwirken, dass optimale Bedingungen zur Errichtung und Erhaltung von Bürgergesellschaften geschaffen werden.

In der Erkenntnis, dass nur Freihandel und Marktwirtschaft breitgestreuten Wohlstand schaffen, stellen Liberale die weltweite Förderung von Freihandel und Marktwirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Aussenwirtschafts- und Entwicklungspolitik. Wie die Bürgergesellschaft auf nationaler Ebene das Fundament des Rechtsstaats benötigt, so bedarf auch die Entwicklung der Weltbürgergesellschaft einer globalen Ordnungspolitik. Die wichtigsten, bereits bestehenden und weiter zu entwickelnden Instrumente einer globalen Ordnungspolitik sind die WTO, die Weltbank und der IWF. Sie werden in den einzelnen Teilen der Welt durch regionale Institutionen wertvoll ergänzt.

Wo Institutionen der regionalen Zusammenarbeit noch nicht bestehen oder nur sehr schwach entwickelt sind, sind sie deshalb energisch zu fördern. Diese Förderung gehört mit zu den Zielen einer aktiven Aussenpolitik.

Zum Rechtsstaat als Fundament der Bürgergesellschaft gehört das Gewaltmonopol des Staates. Auf der globalen Ebene fehlt ein solches Gewaltmonopol. Die Vereinten Nationen haben es nie gehabt und werden es auch nie haben. Die Institution einer Weltregierung ist eine Utopie und aus liberaler Sicht unerwünscht.

Das beste Äquivalent zum Gewaltmonopol des Staates im nationalen Rahmen ist auf internationaler Ebene ein Verteidigungsbündnis. Dieses ist allerdings nur mit der Bürgergesellschaft vereinbar, wenn es wie das Gewaltmonopol eines Rechtsstaates den Idealen der Bürgergesellschaft dient.

Derzeit ist die Nato das einzige Beispiel eines den Idealen der Bürgergesellschaft dienenden Verteidigungsbündnisses: Sie muss sich in erster Linie auf den unmittelbaren Schutz der ihr angehörenden Mitgliedstaaten konzentrieren, doch muss sie in einer immer enger vernetzten Welt auch dort zum Einsatz kommen, wo vitale Interessen der ihr angehörenden Bürgergesellschaften bedroht sind. Die Entstehung von Bürgergesellschaften ist von geschichtlichen und

*Die Institution einer Weltregierung
ist eine Utopie und
aus liberaler Sicht unerwünscht.*

kulturellen Rahmenbedingungen abhängig und daher häufig ein sehr langwieriger Prozess. Dieser Prozess kann durch die Souveränität verletzende, gewaltsame staatliche Interventionen nicht beschleunigt werden.

Wie die im nationalen Rahmen bestehende Bürgergesellschaft nur floriert, wenn es eine Vielzahl von nichtgouvernementalen Organisationen und Aktivitäten gibt, an denen sich die Bürger freiwillig beteiligen, so bedarf auch die Entwicklung der Weltbürgergesellschaft einer Vielfalt international tätiger nichtgouvernementaler Organisationen und Aktivitäten. Diesen, und nicht gubernementalen Interventionen, kommt auch die Aufgabe zu, sich weltweit für die Anliegen der Bürgergesellschaft zu organisieren. ♦

SPLITTER

Nur wenn es gelingt, in unserem wirtschaftlichen Tun auch die Funktion eines Treuhänders zugunsten der Gemeinschaft zu berücksichtigen, wird unsere freiheitliche, föderative Ordnung auch in einer geschichtlichen Phase ohne sichtbares Feindbild in der Substanz gestärkt werden können.

GEROLD BÜHRER, in: Visionen der Marktwirtschaft, Vereinigung für freies Unternehmertum, Schaffhausen 1994, S. 70